

## **Anmerkungen und Auflösungen zum Lege-Quiz in der richtigen Reihenfolge:**

**Karte 1:** Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde vor etwa 50 Jahren verabschiedet.

➔ Falsch: AEMR wurde am 10. Dezember 1948 verabschiedet

Der eigentliche Inhalt der Menschenrechte wurde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) definiert, die von der UN-Menschenrechtskommission ausgearbeitet und von der Generalversammlung am 10. Dezember 1948 verabschiedet wurde. Sie bildet bis heute die Grundlage des internationalen Menschenrechtsschutzes. Die AEMR entstand kurz nach dem zweiten Weltkrieg und kann daher auch als eine Reaktion auf die Gräueltaten des Krieges angesehen werden. Durch die Erarbeitung der AEMR durch die Staatengemeinschaft sollte eine neue Werteordnung etabliert werden, die zukünftige Kriege verhindert

**Karte 4:** Es gibt internationale Gerichtshöfe, die Staaten verurteilen, wenn Menschenrechte nicht eingehalten werden.

➔ Wahr: Der internationale Strafgerichtshof und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sind wichtige Kontrollorgane für die Einhaltung der Menschenrechte

Der internationale Strafgerichtshof in Den Haag kann einzelne Täter\*innen direkt zur Verantwortung ziehen, wenn der eigene Staat dies nicht tun kann oder will. Dort laufen seit Juli 2003 Verfahren gegen sogenannte Kernverbrechen. Darunter versteht man besonders schwere Verbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. Daneben gibt es auch regionale Überwachungsorgane. In Europa ist dies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wacht. Vor dem EGMR können nicht nur Staaten, sondern auch jede\*r Bürger\*in Europas Klagen einbringen. Man kann sich aber erst nach der Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden. Das heißt, dass man zuerst eine Klage bei den Gerichten des jeweiligen Staates einbringen muss. Sofern dann ein Urteil ergeht, muss man alle Möglichkeiten (sogenannte Rechtsmittel), die die staatliche Rechtsordnung vorsieht, ergreifen, um sich gegen dieses Urteil zu wehren. Erst, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden und das ergangene Urteil noch immer Unrecht darstellt, darf man Klage beim EGMR erheben. Der EGMR kann nur Staaten verurteilen. Die Urteile des EGMR sind für die Staaten rechtlich verbindlich.

**Karte 5:** Die den Menschenrechten zugrunde liegenden Werte finden sich in vielen Kulturen, Philosophien und Religionen wieder.

➔ Wahr: Menschenrechte basieren auf Grundwerten, die in vielen Kulturen, Philosophien und Religionen wichtig sind

Die menschliche Würde besitzt in vielen Kulturen einen hohen Stellenwert, und bildet eines der fundamentalen Prinzipien der AEMR. Aufgrund ihres großen Wirkungsbereiches spricht

man auch von der universellen Geltung der Menschenrechte bzw. der Universalität der Menschenrechte. Ihre Universalität bleibt durch die Vielfalt der Menschen und Kulturen unberührt und kulturelle Rechte sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Prinzips.

Karte 8: Menschenrechte hat jeder Mensch, auch ich.

Richtig: Menschenrechte gelten für alle Menschen auf der ganzen Welt gleich

Diese Garantien stehen jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zu. Daher werden die Menschenrechte auch als angeboren, unverletzlich, unveräußerlich und unabhängig von der Staatsangehörigkeit bezeichnet. Menschenrechte können also weder abgelegt noch entzogen oder verwirkt werden. Jedem Menschen stehen diese Rechte auf Grund der Menschenwürde zu, unabhängig von Wohnort, Herkunft, sozialem Status, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Glaubensbekenntnis oder Einkommen.

**Karte 3:** Unternehmen haben die Verantwortung, Menschenrechte in ihrem Einflussbereich einzuhalten.

➔ Wahr: Auch Unternehmen müssen Menschenrechte beachten

Hauptverantwortliche und Hauptadressaten für die Einhaltung der grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sind die Staaten. Aufgrund der Verschiebung von realen Machtverhältnissen und der zunehmenden Liberalisierung (Rückzug des Staates) werden in steigendem Maße nicht-staatliche Einrichtungen wie vor allem internationale Wirtschaftsunternehmen menschenrechtsrelevante Akteure. Völkerrechtlich normierte Menschenrechtsverpflichtungen wie für Staaten bestehen derzeit für Unternehmen jedoch noch nicht, internationale Bestrebungen gehen aber eindeutig in diese Richtung. Die internationale Staatengemeinschaft hat mittlerweile anerkannt, dass auch Unternehmen eine Verantwortung in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten haben. Aufgrund dessen entstanden 2011 die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

**Karte 2:** Die meisten Menschenrechte gelten absolut, das heißt sie dürfen nicht eingeschränkt werden.

➔ Falsch: Die meisten Menschenrechte gelten nicht absolut

Einige besonders wichtige Menschenrechte gelten absolut und dürfen unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Beispiele dafür sind das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe, das Genozidverbot, das Sklavereiverbot und der Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“. Zur Absolutheit dieser Garantie gehört, dass sie auch in Zeiten von Krieg und staatlichem Ausnahmezustand nicht außer Kraft gesetzt bzw. aufgehoben (derogiert) werden darf.

Die meisten Menschenrechte gelten jedoch nicht absolut. Für jedes einzelne Recht gibt es klare Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Ausmaß dieses eingeschränkt werden darf. So ist es beispielsweise erlaubt, dass der Staat zur Wahrung der nationalen Sicherheit oder zum Schutz der Rechte anderer die Meinungsfreiheit einschränken kann.

Wegen erschwerter Bedingungen etwa in Kriegszeiten ist es dem Staat jedoch nicht immer möglich, alle Menschenrechte unter allen Umständen einzuhalten. Unter gewissen Bedingungen ist es daher erlaubt, einzelne Menschenrechtsgarantien vorübergehend außer Kraft zu setzen. Manche Menschenrechtsinstrumente enthalten zu diesem Zweck eine sogenannte Derogationsklausel. Derogationsklauseln stellen sicher, dass Staaten in Krisensituation - ausnahmsweise - vorübergehende Maßnahmen ergreifen können, welche die Menschenrechte einschränken oder verletzen, ohne die Geltung der Menschenrechte als solche zu berühren. Spezifischen Schutz in Kriegssituationen bietet das humanitäre Völkerrecht.

**Karte 7:** Mord ist eine Menschenrechtsverletzung.

➔ Falsch: Mord ist in erster Linie ein Strafdelikt

Nicht alles, was ungerecht ist, gilt als Menschenrechtsverletzung. Ein Mord, den eine Privatperson begeht, ist rechtlich gesehen keine Menschenrechtsverletzung, sondern ein Strafdelikt (geregelt in §75 StGB), das strafrechtlich verfolgt und geahndet werden sollte. Jedoch gibt es hier Ausnahmen. Menschenrechte verpflichten primär Staaten, nicht Privatpersonen. Staaten haben ein Gewaltmonopol, das sie mit unterschiedlichen Organen und Institution - wie beispielsweise der Polizei - ausüben. Menschenrechte sind dazu da, dem Gewaltmonopol des Staates Schranken zu setzen. Dadurch soll die Gefahr verringert werden, dass ein Staat seine Macht missbraucht. Man muss daher unterscheiden, ob ein Mensch durch einen anderen Menschen oder durch staatliche Organe ermordet wurde. Sofern ein Staat mitschuldig am Tod eines Menschen ist, entweder durch Fahrlässigkeit oder aktive Partizipation, wie zum Beispiel bei einem Genozid, kann die Tat eine Menschenrechtsverletzung darstellen.

**Karte 6:** Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist kein Gesetzestext, sondern ein Ideal und nicht vor Gericht gültig.

➔ Wahr: AEMR gilt als Ideal und ist nicht rechtlich bindend

Der Durchbruch für die moderne Menschenrechtsbewegung kam mit der Verankerung der Menschenrechte für alle in der Charta der Vereinten Nationen von 1945. Die Menschenrechte wurden in der Präambel (im Vorwort) «als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal» bezeichnet. Damit wurden sie zur internationalen Angelegenheit erklärt.

Obwohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht rechtlich verbindlich ist, hat sie über die Jahre hohe moralische Bedeutung erlangt. Juristisch wird sie heute als ein Gewohnheitsrecht betrachtet. Unter Gewohnheitsrecht versteht man Regelungen, die zwar keine Gesetze darstellen, aber trotzdem befolgt werden. Damit eine Regelung zum Gewohnheitsrecht wird braucht es eine lang andauernde und gleichmäßige Ausübung sowie die Überzeugung der Rechtsunterworfenen, dass die jeweilige Regelung Recht darstellen soll (opinio iuris). Die Bestimmungen der AEMR wurden in zahlreiche nationale Verfassungen aufgenommen und damit einklagbar gemacht. Ausgehend von der AEMR wurden in der Folge schrittweise weitere völkerrechtlich verbindende Verträge zu bestimmten Themen oder Personen mit speziellen Bedürfnissen verabschiedet. Bekannt sind diese als sogenannte Konventionen oder Pakte.